

10. **Sitzung** — 10e **séance**

---

Mittwoch den 14. Dezember 1938, 16 Uhr.

---



10. Sitzung - 10e séance

Mittwoch den 14. Dezember 1938, 16 Uhr.

Mercredi le 14 décembre 1938, à 16 h.

Präsident = président: Hr. Vallotton.

Kein Namensaufruf - Pas d'appel.

Hr. Müller-Amriswil zieht seine Motion Nr. 3535 betr.  
 Ueberschuldung der Landwirtschaft zurück.

Die Motion wird abgeschrieben.

An den Bundesrat.

M. Müller-Amriswil retire sa motion no. 3535 concernant  
 le surendettement de l'agriculture.

La motion est rayée de la liste.

Au Conseil fédéral.

155/3816 - Interpellation Walther-Luzern, Verbreitung falscher  
Gerüchte (Forts.v. S. 49-71) Lutte contre les fauts  
 bruits.

156/3817 - Interpellation Meierhans, Propagande étrangère.  
 (Suite, p. 49 à 71) Ausländische Propaganda.

B a u m a n n, Bundespräsident: Herr Nationalrat Walther hat darauf hingewiesen, dass zur Zeit in weiten Kreisen der Bevölkerung durch wilde politische Gerüchtebildung eine Spannung geschaffen worden ist, die bereits zu unliebsamen Erscheinungen geführt habe. Der Bundesrat hat in der Tat Kenntnis erhalten von den verschiedenartigsten Gerüchten, die in Bern, Luzern, Olten, Solothurn, Murten, dann aber auch in andern Landesgegenden verbreitet worden sind. Dabei handelt es sich vorwiegend um Gerüchte über angeblich landesverräterische Umtriebe von verschiedenen Personen, Gerüchte, die vollkommen aus der Luft gegriffen sind und für die betroffenen Leute mitunter von grossem moralischem und wirtschaftlichem Schaden waren.

Als besonders typische Fälle sind vom Herrn Interpellanten genannt worden der Fall des Luzerner Photographen, dessen Geschäftslokal mit Hakenkreuzen und den Worten "Nazi" und "Landesverräter" beschmiert wurde, ferner der Fall Krahl in Bern mit den Demonstrationen und Drohungen, die ihn begleiteten, und der angeblichen Landesverrat hoher Offiziere und der behauptete Selbstmord eines derselben. Diese Reihe liesse sich nach Belieben vermehren, es sei lediglich erinnert an das vor einigen Monaten von der kommunistischen Zeitung "Freiheit" verbreitete unwahre Gerücht von dem angeblich in Deutschland angeschlagenen Plakat, wonach in der Schweiz 2 1/2 Millionen Einwohner auf ihre Befreiung warten.

An diese Vorgänge reihen sich alle jene Fälle, wo im Anschluss an gewisse Massnahmen der Behörden des Bundes und der Kantone von einem, glücklicherweise kleinen Teil der Presse sensationelle und unrichtige Vermutungen publiziert wurden, ohne dass man die aufklärenden Veröffentlichungen der Behörden abwartete.

Auf die Frage, wie sich der Bundesrat zu solchen schädlichen wilden Gerüchten stelle, kann ich nur bemerken, dass er in der Beurteilung derselben mit dem Herrn Interpellanten einig geht. Diese Gerüchtemacherei bedeutet eine grosse Gefahr für unser Volk. Sie setzt das Vertrauen in die Führer unserer Armee und in die Behörden herab, untergräbt das Sicherheitsgefühl der Bürgerschaft und setzt einzelne Personen, die sich nichts zuschulden kommen liessen, dem Hass und den Schädigungen einer irregeleiteten Menge oder einzelner böswilliger und radaulustiger Elemente aus. Ausserdem wird die Arbeit der Behörden, die sich mit der Verfolgung wirklich strafbarer oder gefährlicher Umtriebe zu befassen haben, sehr erschwert.

Der Bundesrat ist daher entschlossen, diesen Gerüchten mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten. Er hat es in gewissem Umfange schon bis jetzt getan. In Fällen, wo nur die Interessen von Einzelpersonen auf dem Spiele standen, hat die Bundesanwaltschaft diesen Personen den Rat erteilt, durch Veröffentlichung von Erklärungen oder von Dokumenten den wahren Sachverhalt festzustellen, und sie ist ihnen dabei nötigenfalls

an die Hand gegangen. Wo aber die Landesinteressen in Frage standen, versuchten die zuständigen Behörden jeweils raschmöglich den wahren Sachverhalt zu eruieren und bekannt zu geben. So wurde mit Bezug auf die angebliche Untersuchung gegen hohe Offiziere ein sofortiges Dementi erlassen. In der Angelegenheit des erbärmlichen Briefes eines ausländischen sog. Volkswirtes, der von einem künftigen deutschen Reichsstatthalter in Bern faselte, wurde von mir auf die Notiz in einer ostschweizerischen Zeitung, also ohne Verzug, eine Erhebung angeordnet. Später ist das Resultat veröffentlicht worden, desgleichen im Falle des angeblich in Deutschland verbreiteten Plakates. Wenn die Berichtigungen nicht immer in kürzester Frist erscheinen können, so liegt der Grund nicht etwa in mangelnder Arbeitsfreudigkeit der Bundesanwaltschaft, sondern darin, dass die Nachforschungen nicht immer sofort zum Ziele führen.

Wir bitten die Behörden der Kantone und das Volk, uns in diesem Kampfe gegen wilde Gerüchte unterstützen zu wollen. Ganz besonders wende ich mich an die Presse, die in dieser aus begreiflichen Gründen erregten Zeit ein aussergewöhnliches Mass der Verantwortung trägt. Was in normaler Zeit als harmlose Sensation erscheinen mag, das kann heute zu tiefgehenden Folgen führen. Wir verstehen und begrüssen es, wenn die Presse mithelfen will an der Aufdeckung und Verfolgung landesschädlicher Vorkommnisse. Aber wo man seiner Sache nicht sicher ist und zugleich im Falle der Unrichtigkeit der Meldung nur Schaden gestiftet werden kann, da ist es Pflicht - dem überwiegenden Teil der Presse braucht man das übrigens gar nicht zu sagen - sich bei uns vorerst zu erkundigen. Die Bundesanwaltschaft steht jedem Fragesteller gerne zur Verfügung.

Unser Departement ist dankbar für jede mündliche oder schriftliche Meldung, welche die äussere oder innere Sicherheit des Landes betrifft. Die Mitteilungen werden durch die Bundesanwaltschaft genau geprüft, selbstverständlich unter Zusicherung der Diskretion. Neben vagen Behauptungen finden sich darunter auch Beobachtungen, die für uns von Wert sind. Weniger erfreulich sind die leider nicht seltenen offensichtlichen, manchmal sogar bewussten Denunziationen, die nur einem

persönlichen Hassgefühl oder fanatischer Parteilidenschaft entspringen. All denen, die in guter Absicht uns etwas zu sagen haben, rufen wir zu: Tun Sie es, womöglich mit nähern Angaben, es ist der richtige Weg, der Weg zur Feststellung der Wahrheit führt. Wer aber den Weg der Klatschsucht oder gar der Verleumdung beschreitet, der ist ein Schädling, er mag sich in seiner anonymen Zuschrift noch so nachdrücklich als senkrechter Eidgenosse bezeichnen oder sich am Wirtstisch mit seinem Geschwätz wichtig machen.

Der Bundesrat hat in seinem neuesten Beschluss vom 5. Dezember 1938 der morgen in Kraft tritt, in Art. 2, Abs. 1, denjenigen als strafbar erklärt,

"der öffentlich eine unwahre oder entstellte Behauptung tatsächlicher Art wissentlich aufstellt oder verbreitet, die geeignet ist, die innere oder äussere Sicherheit der Eidgenossenschaft zu gefährden."

Das ist freilich eine nur für schwere Fälle zugeschnittene Strafnorm. Sie allein genügt nicht. Wir werden mit der konsequenten Methode der Abklärung des wahren Sachverhaltes und Veröffentlichung entsprechender amtlicher Communiqués so viel als möglich den Erfordernissen der Gegenwart Rechnung tragen. Wir zählen gerne darauf, dass die kantonalen zuständigen Behörden nach dem Beispiel des Regierungsrates des Kantons Luzern uns dabei unterstützen werden.

Der Bundesrat appelliert in dieser kritischen Zeit an den gesunden Bürgersinn, an die ruhige Ueberlegung und die demokratische Würde der Einwohner der Schweiz und ihrer Presse.

In die Beantwortung der Interpellation Meierhans werden sich der Vorsteher des Politischen Departements und der Sprechende in der Weise teilen, dass Herr Bundesrat Motta zu den vorwiegend aussenpolitischen Fragen und der Sprechende zu den innenpolitischen sich äussern wird.

Zur ersten Frage, wie sich der Bundesrat zur Abwehr der propagandistischen Einflüsse vom Ausland stellt, habe ich Folgendes zu sagen:

Es ist zutreffend, dass der Umfang der Einfuhr des politischen Propagandamaterials - nicht nur von Deutschland, sondern auch von Russland - ausserordentlich gestiegen ist. Die

Bundesanwaltschaft prüft dasjenige Material, das ihr von den Zoll- und Postorganen auf Grund von Stichproben unterbreitet wird, eingehend und gibt nur dann eine Sendung frei, wenn sie mit Rücksicht auf die bestehenden Bestimmungen nicht beanstandet werden kann.

Massgebend für den Entscheid über Freigabe oder Beschlagnahme einer Sendung ist Artikel 1 des Bundesratsbeschlusses betr. Massnahmen gegen staatsgefährliches Propagandamaterial. Solches vom Ausland eingeführtes Material ist von der Bundesanwaltschaft dann zu beschleunigen, "wenn es geeignet ist, die innere oder äussere Sicherheit der Eidgenossenschaft, insbesondere die Unabhängigkeit und die Neutralität des Landes, die demokratischen Einrichtungen oder die Interessen der Landesverteidigung zu gefährden. Der kürzlich ergangene Bundesratsbeschluss vom 5. Dezember 1938 betreffend Massnahmen gegen staatsgefährliche Umtriebe und zum Schutze der Demokratie hat die bestehenden Erlasse in strafrechtlicher Beziehung wesentlich ergänzt, indem u.a. unter Strafe gestellt wird:

"Wer einer Propaganda des Auslandes Vorschub leistet, die auf die Aenderung der politischen Einrichtungen der Schweiz abzielt,

wer öffentlich und systematisch die demokratischen Grundlagen der Eidgenossenschaft oder der Kantone verächtlich macht, insbesondere wer wissentlich zu diesem Zwecke unwahre Behauptungen tatsächlicher Art aufstellt,

wer öffentlich zum Hause gegen einzelne Gruppen der Bevölkerung wegen ihrer Rasse, Religion oder Staatszugehörigkeit aufreizt,

wer einem bundesrätlichen Presseverbot oder Massnahmen gegen kommunistische Umtriebe oder gegen staatsgefährliches Propagandamaterial zuwiderhandelt."

In Artikel 5, Abs.2, des gleichen Bundesratsbeschlusses finden Sie die weitere Bestimmung, dass der Bundesrat nötigenfalls einzelne Formen einer gegen die politischen und kulturellen Grundlagen der Schweiz gerichteten Propaganda besonders verbieten kann. Diese Bestimmungen geben uns die nötige Handhabe, um gegen gefährliches Propagandamaterial, wozu natürlich in erster Linie das aus dem Ausland stammende gehört, strafrechtlich und administrativ einzuschreiten. Die Opposition gegen diesen Bundesratsbeschluss, die sich nicht bloss seitens der Kommunisten und

Frontisten, sondern, mit Bezug auf Artikel 2, Absatz 2, auch seitens einiger westschweizerischer Kreise geltend macht, scheint mir nicht begründet zu sein. Wenn es nicht mehr gestattet ist, die öffentliche und systematische Verächtlichmachung der demokratischen Grundlagen (nicht etwa der einzelnen staatlichen Einrichtungen) der Eidgenossenschaft und der Kantone zu verbieten, dann weiss ich wirklich nicht mehr, wie man unser nun einmal doch bedrohtes demokratisches Prinzip schützen soll. Dass die blosser Kritik an den Behörden und die Bestrebungen auf Aenderung dieser oder jener Verfassungsbestimmung, also die Ausübung des Initiativrechts nicht darunter fallen können, das sollte doch für jeden klar sein. Das Schimpfen über die Behörden und ihre Beschlüsse, die Kritik an einzelnen Staatseinrichtungen usw., das alles kann doch hier nicht in Betracht fallen, denn es gehört als freier Ausfluss der öffentlichen Meinung ja gerade mit zu den demokratischen Grundlagen der Eidgenossenschaft und der Kantone.

Nun ist es, was die Einfuhr ausländischer Presseerzeugnisse anbetrifft, selbstverständlich, dass sie nicht völlig unterbunden werden kann. Es muss sich um Propagandamaterial handeln, das als staatsgefährlich zu werten ist. Unbefriedigend ist der Zustand, dass die Einfuhr deutscher Zeitungen in die Schweiz mit wenigen Ausnahmen (Völkischer Beobachter, Angriff, Stürmer, Alemanne) frei ist, während umgekehrt eine grosse Anzahl schweizerischer Zeitungen in Deutschland verboten ist. Wir hoffen, dass es den Bemühungen des Politischen Departements gelingen wird, allmählich ein richtigeres Verhältnis herbeizuführen.

Was übrigens das Verhältnis schweizerischer Zeitungen zu ausländischen Zeitungen betrifft, so ist kürzlich das Resultat einer Enquête an den Bahnhofkiosken, auf welche allein eine Beeinflussung durch die Bundesbehörden möglich ist, veröffentlicht worden; Resultat: 72 - 76 % schweizerischen Zeitungen und Zeitschriften stehen ca. 6 % deutsche und 10 - 14 % französische Presseerzeugnisse gegenüber.

Wir werden auf Grund der neuen Bestimmungen den propagandistischen Einflüssen aus dem Ausland künftig noch besser entgegen treten können als bisher.

Zur Frage der ausländischen Studenten wird sich Herr Bundesrat Motta äussern. Meinerseits vom Standpunkt der Innenpolizei nur soviel, dass ausländische Studenten unter den besonders für Ausländer geltenden Vorschriften stehen. Wir werden nicht nach ihrer weltanschaulichen Gesinnung fragen, aber strikte darauf dringen, dass sie sich jeder Einmischung in unsere politischen Verhältnisse und jeder unzulässigen Beeinflussung Anderer, seien das nun Schweizer oder Ausländer, enthalten. Wenn sie das nicht tun, machen sie sich straffällig und verwirken ihr weiteres Verbleiben in unserem Lande. Wenn darüber auch seitens der Hochschulbehörden und seitens der Mitstudierenden gewacht wird, so kann uns das nur erwünscht sein.

Da auch über die Rede von Herrn Minister Frölicher Herr Kollege Motta sich aussprechen wird, so lassen Sie mich zur dritten Frage des Herrn Interpellanten übergehen.

Die von der Bundesanwaltschaft gegen die drei bekannten nationalsozialistischen Bewegungen "Nationalsozialistische schweizerische Arbeiterpartei (Volksbund)", "Bund treuer Eidgenossen" und "Eidg. soziale Arbeiterpartei" geführten Untersuchungen sind auf den Bundesstrafprozess basierende gerichtspolizeiliche Ermittlungsverfahren.

Die Aktion musste, um erfolgreich zu sein, auf breiteste Basis gestellt werden. Daher führten die Organe des Polizeidienstes der Bundesanwaltschaft in Verbindung mit kantonalen Polizeiorganen mehr als 100 Haussuchungen im ganzen Lande durch, die naturgemäss ein ausserordentlich umfangreiches Material zutage förderten. Die Sichtung dieses Materials ist heute noch nicht abgeschlossen, da man sich vorerst auf die Behandlung derjenigen Fälle konzentrieren musste, in denen die Haftverfügungen aufrecht erhalten blieben.

Da eine Reihe von Personen dem Untersuchungsrichter überwiesen werden, müssen sich die Untersuchungsbehörden, die Bundesanwaltschaft, im gegenwärtigen Zeitpunkte noch grösste Zurückhaltung auferlegen. Es wird im Verlaufe dieser Woche entschieden werden, ob die richterliche Voruntersuchung einem eidgenössischen Untersuchungsrichter übertragen oder ob alle oder einzelne Fälle



an kantonale Behörden delegiert werden. Zur Zeit befinden sich noch 8 Personen in Haft.

Neben der richterlichen Voruntersuchung wird die Frage der Ergreifung allfälliger administrativer Massnahmen im Sinne des Verbotes einzelner Organisationen sowie die Frage des Verbotes der Presseorgane zu prüfen sein. Bei all' den Massnahmen, die der Bundesrat ergreifen wird, kann er nicht darauf abstellen, ob die Massnahmen allseits populär, sondern ob sie rechtmässig und nach beiden Seiten gerecht sind.

Im heutigen Zeitpunkte ist der Bundesrat jedenfalls noch nicht in der Lage, der Oeffentlichkeit abschliessende Untersuchungsergebnisse bekannt zu geben. Zu gegebener Zeit und sobald das möglich sein wird, wird er jedoch ein amtliches Communiqué über das Ergebnis des Verfahrens veröffentlichen.

Im übrigen ist bereits jetzt schon vorauszuschicken, dass der Bundesrat bei allen Massnahmen, die er auch in Anwendung des neuen Bundesratsbeschlusses treffen wird, sich an den Sinn und Geist der Bundesverfassung zu halten hat und sich auch daran halten wird. Parteipolitische Gesichtspunkte irgendwelcher Art haben in diesen Fragen, wo das höchste Landesinteresse auf dem Spiele steht, keinen Platz.

Zusammenfassend möchte ich am Schlusse der Beantwortung der beiden Interpellationen Folgendes sagen:

Die eidgenössischen Räte und das Volk dürfen zum Bundesrate und den ihm unterstellten Dienstzweigen das Vertrauen haben, dass sie mit voller Wachsamkeit, soweit es an ihnen liegt, nicht bloss für die militärische und wirtschaftliche, sondern auch für die geistige und politische Verteidigung unseres Landes und seiner Unabhängigkeit besorgt sind. Unser Volk wird in diesem Kampfe die Behörden des Bundes und der Kantone unterstützen. Ein Defaitismus, wie er sich da und dort gezeigt hat, ist in keiner Weise begründet, und wir müssen ihn bekämpfen, wo immer er sich zeigt. Es gibt bei uns nichts zu befreien, wenigstens nicht von aussen her. Dass auch bei uns nicht alles vollkommen ist, wird nicht bestritten. Ich nenne als eines der dringendsten die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Vieles ist auf diesem Gebiete getan worden, wir müssen noch mehr tun, denn auch für uns hat das

Wort "Volksgemeinschaft" einen andern Inhalt bekommen, als vor dem Weltkrieg.

Wir erfreuen uns, dank der Einsicht und der Tapferkeit unserer Vorfahren weitgehender politischer und persönlicher Rechte. Sie bilden mit der Glaubens- und Gewissensfreiheit und der Gleichheit der Bürger vor dem Gesetz das Wesen unseres Schweizertums. Diese Ideale hochzuhalten und zu verteidigen, scheint mir möglich zu sein, ohne dass die guten Beziehungen zum Ausland gestört werden.

Die Bundesverfassung stellt unser Volk unter den Macht-schutz Gottes. Dieser Schutz wird uns auch weiterhin nicht fehlen, wenn auch wir unsere Pflicht tun. Und so hängt nach meiner Ueberzeugung, ob wir ein freies und unabhängiges Volk bleiben werden, zum weitaus grössten Teil von uns selber ab. Wir werden es sein und bleiben, wenn wir den soldatischen und bürgerlichen Tugenden unserer Väter treu bleiben. Sie heissen Wachsamkeit, Besonnenheit und mutige Zuversicht. (Lebhafter Beifall).

M. M o t t a, conseiller fédéral: Je tiens, au préalable, à vous dire, que j'ai écrit mon discours pour me préserver moi-même de toute erreur éventuelle et aussi pour éviter toute interprétation erronée. Vous venez d'entendre la réponse de M. le Président de la Confédération à l'interpellation Walther et à la dernière partie de l'interpellation Meierhans.

M. le Président et moi, nous nous sommes entendus dans ce sens qu'il appartiendrait au chef du département politique de répondre aux deux premiers points de cette dernière interpellation: celui qui touche à la question des étudiants universitaires allemands en Suisse et celui qui se rapporte au discours prononcé par M. le ministre Frölicher à Munich. J'ai l'intention de traiter brièvement aussi - comme un exemple typique de fausses nouvelles dans certains de nos journaux quant à l'activité de M. le baron von Bibra, conseiller de Légation à la Légation d'Allemagne.

Je commence par le discours de M. le ministre Frölicher.

M. Frölicher s'est rendu, conformément à l'usage et à ses obligations, le 25 novembre, à Munich pour y fêter avec nos compatriotes le 90ème anniversaire de leur société de bienfaisance. Il y prit - c'était un devoir précis - la parole. Il était entouré par toute la colonie. S'était associé à cette belle manifestation, entre

autres, M. Tempel, bourgmestre de Munich. Aucun mot ne sortit des bouches allemandes qui ne fût de sympathie et d'amitié pour notre pays. M. Frölicher saisit l'occasion de toucher à la question toujours très importante des rapports entre la Confédération suisse et le Reich allemand. Je passe sur tout ce qui n'est pas essentiel. Je ne discute pas les questions de pure forme, car celles-ci ne peuvent s'apprécier qu'en fonction de l'ambiance. Je ne prends, par conséquent, que le contenu essentiel et le but du discours. J'ai demandé à M. Frölicher de m'envoyer son texte. Je l'ai soumis au Conseil fédéral dès que je l'eus reçu et je lui ai demandé la permission de le livrer intégralement à la presse. Le Conseil fédéral l'a approuvé entièrement ce discours.

Certains organes de la presse - je ne les nommerai pas pour garder à mes explications le ton de l'objectivité la plus complète - sont cependant partis immédiatement en guerre. Sur la base de quoi? Sur des résumés faits à la hâte, publiés en Allemagne. M. Frölicher aurait parlé d'une certaine presse suisse et l'aurait accusée de troubler les bonnes relations entre les deux pays. La réalité est que notre ministre à Berlin n'a pas dit un mot de notre presse. M. Frölicher ne s'est pas prononcé non plus sur la valeur et les effets de l'accord récent de Munich. Il s'est borné à expliquer que la Confédération est, quant à la nature de sa formation politique, comparable au granit de nos Alpes. Il a fait ressortir que la Suisse plonge ses racines dans une longue histoire qui a dépassé le demi-millénaire. Il a fait observer que cette histoire était beaucoup moins l'oeuvre de diplomates assis autour d'un tapis vert que celle d'un peuple ayant réussi, par un effort qui se place au-dessus des races, des langues et des confessions, à former une libre et forte communauté nationale. M. Frölicher fit une allusion opportune au principe que le national-socialisme lui-même a proclamé et d'après lequel les peuples ont seuls le droit de déterminer leur destin. Il rappela alors les déclarations solennelles faites par le Chancelier du Reich, M. Hitler, à M. Schulthess, ancien conseiller fédéral, et à lui-même, M. Frölicher, lorsque celui-ci présenta, cette année même, ses lettres de créance, déclarations confirmées encore par M. Ribbentrop, ministre des affaires étrangères du Reich, alors que

- 222 -

L'Allemagne et l'Italie firent amicalement savoir, après le 14 mai, qu'elles respecteraient en tout temps notre neutralité. Ces déclarations comptent. M. Frölicher a bien fait d'ajouter qu'elles pèsent d'un autre poids que des conversations et des racontars d'auberge.

M. Frölicher n'a donc pas démerité. Je tiens à lui exprimer ici la pleine confiance du Conseil fédéral. Vous savez que le Conseil fédéral a fait connaître son sentiment en deux communiqués. Le premier de ces communiqués ne pouvait être qu'un acte provisoire. Il réservait le jugement définitif. Peut-être les journaux qui ont formulé sur un ton véhément les premières critiques reconnaîtront-ils maintenant qu'ils ont manqué de pondération. Attaquer un chef de mission diplomatique sans raison et sans s'être donné le temps de la réflexion est un procédé que je livre aux considérations de votre sens patriotique. Voici d'ailleurs le texte d'un télégramme que j'ai reçu, ce matin, de ceux qui représentent la colonie suisse de Munich.

"Die Schweizer Kolonie München, vertreten durch die Vorstandschaft des Schweizer Unterstützungsvereins München, unterstützt voll und ganz die Ausführungen unseres Schweizer Gesandten Minister Frölicher am 90. Stiftungsfest, über die in einem Teil der Schweizer Presse falsch berichtet wurde. Wir danken dem hohen Bundesrat dafür, dass er sich nicht durch unrichtige Nachrichten beirren liess. Zugleich ersuchen wir die hohen Bundesbehörden, bei der Schweizer Presse vorstellig zu werden, die exponierte Stellung der Auslandschweizer nicht durch unbegründete oder unrichtige weitergegebene Nachrichten zu erschweren. Der patriotischen Schweizer Presse danken wir für die Rücksichtnahme auf die Auslandschweizer. Sie stehen der Heimat am nächsten.

Schweizer Unterstützungsverein München."

J'en viens à l'affaire des étudiants universitaires allemands.

Les faits sont connus. L'Union nationale des étudiants de Suisse", dont, non sans fierté, je suis le président d'honneur, a signalé au Département politique, dans une lettre datée du 22 novembre et que nous avons reçue le 23, qu'un avis affiché à l'université de Berlin faisait connaître que des étudiants poli-

- 223 -

tiquement "einsatzbereit" pourraient recevoir une aide financière pour des études en Suisse. L'Union demandait que cette affaire fût tirée au clair. Le Département politique a chargé sans retard la Légation de Suisse à Berlin de recueillir les renseignements nécessaires.

J'ai reçu rapport de la Légation le matin du 2 décembre.

J'ai expliqué le matin même au Conseil le véritable aspect de la question. L'après-midi, d'accord avec mes collègues, j'ai publié un communiqué officiel destiné à la presse. Le public est donc informé.

Je n'ai rien à dire sur l'émotion qui s'est emparée du monde des étudiants. Des manifestations parfaitement dignes ont eu lieu en plusieurs de nos villes universitaires. Les étudiants ont manifesté, avec cette vigueur qui est le signe de leur âge, leur volonté unanime de ne point tolérer des ingérences étrangères dans les lieux de leurs études. Cette réaction était compréhensible. Nous aurions agi de même si nous étions tous des hommes encore jeunes. L'université est un temple: la liberté seule et le respect de la science y ont accès.

Je crois cependant que le vrai responsable de ces mouvements a été un mot équivoque et assez malheureux: "einsatzbereit". On s'est imaginé que l'étudiant "einsatzbereit", c'est-à-dire prêt à payer de sa personne, ne peut être que le propagandiste passionné d'une doctrine déterminée. Nous nous sommes enquis du véritable sens du mot. Nous avons reçu, soit de la Légation d'Allemagne à Berne, soit des autorités allemandes de Berlin, l'assurance que le mot "einsatzbereit" ne signifie aucunement que les étudiants soient chargés d'une mission politique de propagande ou de tout autre nature.

Nous avons reçu, en outre, l'autre assurance que les étudiants universitaires allemands ont l'instruction de ne se mêler d'aucune façon dans la politique du pays étranger où ils font leurs études. Toute propagande de ce caractère leur est sévèrement interdite. On ne voit d'ailleurs pas comment ces jeunes gens pourraient se livrer à une activité dangereuse pour notre Etat. Ils sont en tout 150, dont plus de 120 à Lausanne et à Genève.

Veillez remarquer, messieurs, que nous-mêmes nous avons demandé officiellement, dès 1937, aux autorités du Reich de fa-

faciliter aux étudiants allemands leurs études en Suisse. Ce désir était parti des autorités de Genève. Nous l'avons accueilli parce que nous y avons tout intérêt. Nos universités, et notamment celles de notre Suisse romande, permettent aux étudiants allemands d'apprendre le français ou de s'y perfectionner. Il y a là une tradition déjà ancienne que nous aurions tort d'interrompre. Les jeunes Allemands qui viennent chez nous pour des raisons d'étude nous connaissent mieux; ils constatent le fonctionnement naturel de nos institutions. Nous n'avons rien à y perdre.

Et, en définitive - M. le Président de la Confédération vient de vous l'expliquer - ces étudiants sont soumis aux normes qui règlent le séjour des étrangers chez nous. Si, par hypothèse, il y avait abus, nous interviendrions immédiatement. Ni les autorités cantonales ni les autorités fédérales ne manqueraient jamais de la vigilance nécessaire.

Les mots "Arbeitsgemeinschaft "Schweiz" ont aussi été mal interprétés. Ces "Arbeitsgemeinschaften" existent pour tous les pays où des étudiants allemands se rendent, ainsi, par exemple, pour la France, l'Angleterre, l'Italie et ailleurs. Cette idée de la communauté de travail est pratiquée depuis longtemps. Elle ne constitue pas une notion politique et ne justifie donc pas une méfiance de notre part.

J'arrive maintenant à mon troisième point: les calomnies contre M. von Bibra.

Ces calomnies représentent un cas typique de mensonge à fin politique. Elles font exactement pendant à cette détestable fausse nouvelle qui a circulé chez nous pendant des mois et dont M. le Président de la Confédération vous a parlé: Dans plusieurs gares de l'Allemagne, annonçait la nouvelle, plusieurs personnes avaient vu de leurs yeux des affiches proclamant que deux millions de Suisses allemands frémissaient dans l'attente d'une libération prochaine.

Cette information était une infamie. Elle avait été propagée par la radio de Moscou; elle portait donc la marque de la Troisième Internationale et du communisme.

- 225 -

M. von Bibra a été visé d'abord dans un journal anglais, le "News Chronicle". Je me suis informé sur le caractère de ce journal. On m'a répondu qu'il se plaçait à certains égards plus à gauche que l'organe officiel du parti labouriste, le "Daily Herald". La gazette susnommée faisait savoir en caractères sensationnels que M. von Bibra, qui est à Berne depuis 1935, avait reçu de M. Himmler, chef de la Police politique allemande, l'ordre de s'employer à préparer le partage de la Suisse: La Suisse allemande irait au Reich, le Tessin à l'Italie, la Suisse romande à la France.

Cette nouvelle, tout de suite répandue par la presse socialiste et communiste, fit long feu. Mais ces tout derniers jours voici un autre journal bien connu, l'Oeuvre de Paris, qui vole à la rescousse. Une femme journaliste, - que par respect de son sexe je préfère ne pas nommer, mais que je connais bien - (Rires) - y répète les informations déjà formulées par le journal anglais et y ajoute que M. von Bibra aurait reçu récemment le titre de "commissaire spécial" pour le rattachement de la Suisse!

Il s'agit d'un cas caractérisé de ce que, en langue allemande, on appelle "Brunnenvergiftung", empoisonnement de source. J'en connais l'origine, mais ne veux pas en parler.

J'ai voulu en avoir le coeur net. J'ai interrogé tous mes fonctionnaires qui ont des rapports suivis avec M. von Bibra. Leur opinion est catégorique et unanime. M. von Bibra a toujours été agréable et correct à notre égard, compréhensif et conciliant. Il nous a souvent aidés à résoudre des cas difficiles.

Je considère comme un devoir d'honnête homme de protester avec force contre des informations manifestement fausses visant un diplomate qui fait partie d'une Légation accréditée auprès de nous.

Mais que pensez-vous, messieurs, de ces étrangers qui, sous le prétexte de vouloir nous éclairer sur les dangers qui nous menacent, veulent à tout prix nous brouiller avec deux de nos voisins?

Lisez l'émouvant discours que M. le Président Edouard Daladier a prononcé, la dernière nuit de vendredi à samedi, à

- 226 -

la Chambre française et vous serez édifiés sur les menées souterraines de ceux qui ne se consolent pas de n'avoir vu l'Europe et peut-être le monde entier précipités dans le gouffre de la guerre générale!

Certes, nous avons le strict devoir de rester vigilants. Le Conseil fédéral vous en donne l'exemple dans tous les domaines.

Je regrette que nous n'ayons pas encore réussi à trouver avec l'Allemagne un modus vivendi dans la question de la presse. Je ne désespère pas d'y parvenir avec de la patience et de la ténacité. Les deux pays auraient un intérêt égal à laisser connaître à l'opinion du Reich la réalité suisse. Je crois m'être exprimé assez clairement dans la grande conférence de presse que j'ai eu l'honneur de convoquer et de présider le 26 octobre dernier. A un journaliste socialiste qui m'a posé cette question précise: Etes-vous prêt, Monsieur Motta, à défendre la liberté de la presse si elle était attaquée? j'ai répondu sans hésiter: Oui, et j'y mettrai toute l'ardeur de ma conviction, mais je demande à la presse de me rendre cette tâche moins difficile.

Nous n'admettons pas la théorie proclamée dans certaines revues et gazettes allemandes et qui cherche à confondre la neutralité de l'Etat avec la neutralité des individus. En principe, seul l'Etat est neutre; il le sera toujours fermement; le citoyen reste libre dans ses opinions et dans ses appréciations; la critique objective lui est toujours permise; nous lui demandons de s'imposer une discipline volontaire dans l'expression de ses pensées, pour le bien du pays.

Je suis frappé, messieurs, de l'inquiétude qui a saisi certaines régions de notre pays. Cette inquiétude est injustifiée. Une attitude nerveuse et craintive n'est pas digne des Suisses que nous sommes - vous l'avez entendu par un concours d'idées de la bouche même du président de la Confédération - sont le sang-froid, le courage, la pondération, la confiance en soi. Lisez, messieurs, le récent message du Conseil fédéral en ce qui concerne le patrimoine spirituel du pays, méditez ces pages où le coeur a autant de place que l'esprit, écrites par la plume de celui que vous élirez demain Président de la Confédération)



Vous y trouverez les motifs profonds et les raisons immortelles de ne jamais vous laisser pénétrer par le doute sur la destinée du pays! (Bravos et applaudissements).

W a l t h e r - Luzern: Ich kann mich von der von Herrn Bundesrat Motta erhaltenen Auskunft befriedigt erklären.

M e i e r h a n s: Von der Antwort, die Herr Bundesrat Baumann erteilt hat, bin ich im grossen und ganzen befriedigt. Vor allem bin ich ihm dankbar für sein kraftvolles Votum am Schluss. Unbefriedigend in seiner Antwort ist höchstens das, was er verschwiegen hat.

Ueber die Antwort des Herrn Bundesrat Motta möchte ich fast das Gegenteil sagen: Ueber die Antworten, die auf nicht gestellte Fragen erteilt worden sind, kann ich mich weder befriedigt noch unbefriedigt erklären. Ueber den zweiten Teil, über die Antworten, die auf gestellte Fragen gekommen sind, bin ich in gewissen Teilen befriedigt, aber in grösseren Teilen unbefriedigt.

Hr. Bringolf stellt den Antrag auf Eröffnung der Diskussion über die Interpellation Meierhans.

Dieser Antrag wird mit 91 gegen 39 Stimmen abgelehnt.

Die Interpellation werden abgeschrieben.

M. Bringolf propose d'ouvrir la discussion sur l'interpellation Meierhans.

Cette proposition est rejetée par 91 voix contre 39.

Les interpellations sont classées.

---

M. Vallotton, président: Six motions, interpellations ou postulats sont encore à l'ordre du jour. J'ai prié, par lettre, les auteurs de ces questions de bien vouloir être très bref, car j'ai l'intention, si possible, au cours de cette séance, de liquider toute cette série, y compris motions, interpellations et postulat qui attendent leur sort depuis de très nombreux mois. Je remercie d'avance ceux qui vont prendre la parole de la brièveté de leurs exposés.

---